Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

15.12.1930 (No. 292)

Visual Library

Nr. 292 — Montag, den 15. Dezember 1930 — 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 — Fernsprecher Nr. 953 und 954 — Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die deutsche Beschwerde in Genf

Rund 200 Terrorakte

In dem namens der Reichsregierung vom deutschen Generalkonsul in Genf dem Generalsekretär des Völkerbundes überreichten Schreiben betr. die Gewalttaten in Oberschlesien wird auf den ersten Protest der deutschen Regierung vom 27. November Bezug genommen und auf **neue in der Zwischenzeit erfolgte Gewalttaten** in Polnisch-Oberschlesien hingewiesen, die gleichfalls eine flagrante Verletzung der Bestimmungen der Genfer Konvention vom 15. Mai 1922 darstellen.

In einer Anlage werden 12 der deutschen Regierung neu zur Kenntnis gekommene Vorfälle angeführt, in denen deutsche Minderheitsangehörige auf das schwerste mißhandelt wurden. Weiter werden u. a. fünf Fälle verzeichnet, in denen Versagen der Polizeiorgane festzustellen war. Im ganzen erreicht die Zahl der insgesamt der deutschen Regierung bekanntgewordenen **Terrorakte** verschiedener Art, die an Angehörigen der deutschen Minderheit begangen worden sind, **annähernd 200.**

Zum Schluß heißt es in dem Schreiben, die aufgeführten Tatsachen hätten bereits den Zustand **völliger Schutz- und Rechtlosigkeit der deutschen Minderheit** in Polnisch-Oberschlesien veranschaulicht. Das jetzt beigebrachte Material beweise noch klarer, daß die schrankenlose Gewaltherrschaft der „Aufständischen", die mit Leben, Gesundheit und Eigentum der Angehörigen der deutschen Minderheit nach Belieben verfahren konnten, sich nicht in einzelnen Ausschreitungen erschöpft und auf einzelne Bezirke beschränkt hätte, sondern daß es sich hier um ein **System offener Bedrückung** der Minderheit handele, das sich über ganz Polnisch-Oberschlesien erstrecke und sich in zahllosen Gewalttaten Luft macht.

Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstags

Die Umzugskosten der Diplomaten — Für Änderung des Brotgesetzes

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde zunächst der Sonderfonds für **Umzugskosten** im Etat des **Auswärtigen Amtes** behandelt. Der Reichsaußenminister Dr. **Curtius** wies darauf hin, daß künftig die Umzüge normiert und daß außerdem 20 Prozent von den Umzugspauschalen abgesetzt und dem Umzugsfonds zugeleitet werden sollen. Die Hauptmöglichkeit, zu sparen, sieht der Minister aber darin, die Missionsgebäude mit reichseigenen Möbeln auszustatten. Nach längerer Debatte wurde eine Zentrumsentschließung angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, festzustellen, welche Beamte für die Etatsüberschreitungen haftbar zu machen sind.

Nach längerer Beratung wurde eine Entschließung des Abg. **Perlitius** (Zentr.) angenommen, die auf eine **einheitliche Durchführung des Brotgesetzes durch die Länder** abzielt. Den beteiligten Wirtschaftskreisen soll Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Annahme fand auch ein sozialdemokratischer Antrag, der wieder die **Ausmahlung von Roggenmehl** bis zu 70 Prozent zulassen will. Ferner sollen nach diesem Antrag die Bestimmungen des Brotgesetzes wieder gestrichen werden, die zur Vermehrung des Roggenverzehrs dienen sollten. Es soll wieder das Weizengroßbrot zugelassen und in den Gastwirtschaften die Abgabe von Weizengebäck erlaubt sein. Auf Antrag der Wirtschaftspartei wurde der Begriff „Brot" im Brotgesetz dahin festgelegt, daß darunter Großbrot im Gewicht von über 200 Gramm zu verstehen ist.

Der Ausschuß vertagte sich bis 13. Januar. Dann soll die **Etatsberatung** beginnen.

Dingeldey über die Lage

Reichstagsabgeordneter **Dingeldey** sprach in **Barmen** in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei und führte u. a. aus: Revisionsverhandlungen seien erst dann möglich, wenn die Mißwirtschaft in Deutschland beseitigt wäre. Die Selbstkosten müßten gesenkt und Deutschland wieder wettbewerbsfähig werden. Innere Reformen seien notwendig. Die Notverordnung sichere den nächstjährigen Etat nicht. Seine Partei habe daher der Antrag auf weitere 300 Millionen Ersparnisse im neuen Etat gestellt. Redner ging dann zur Außenpolitik über und verteidigte die Haltung des Reichsaußenministers **Curtius**. Die Vertragsgegner Deutschlands müßten erkennen, daß die fortdauernde Demütigung Deutschlands einen Zustand der Spannung schaffe.

Um die Bremer Polizeigesetze

Wegen der hart umkämpften, aber von der Mehrheit der Bremer Bürgerschaft beschlossenen Polizeigesetze sind in letzter Zeit zwischen **Bremen** und dem **Reichsinnenministerium** Verhandlungen geführt worden mit dem Ergebnis, daß das Reich **die Einstellung der Polizeizuschüsse** an Bremen androhte, falls die bremischen Gesetze in der vorliegenden Form durchgeführt würden. Der bremische Senat hat sich daraufhin genötigt gesehen, gemäß § 4 Abs. 4 der bremischen Verfassung formell Einspruch gegen die Verkündung der von der Bürgerschaft angenommenen Polizeigesetze zu erheben. Es ist eine neue Vorlage ausgearbeitet worden, die den Richtlinien des Reiches für Polizeizuschüsse angepaßt ist, die Altersgrenze im früheren Sinne regelt und die entsprechende Bezahlung aufrechterhält.

Für die österreichisch-deutsche Zollunion und zu deren Vorbereitung hat die deutschnationale Reichstagsfraktion beantragt, alsbald einen Ausschuß zu berufen, der die Grundsätze und Richtlinien für einen engen handelspolitischen und wirtschaftspolitischen Zusammenschluß mit Deutsch-Österreich, sich aufbauend etwa auf dem Boden eines Wirtschaftsbündnisses oder einer Zollunion, festzulegen hat, ferner die österreichische Regierung zu ersuchen, auch ihrerseits einen gleichen Ausschuß zu berufen.

Letzte Nachrichten

Der deutsche Außenhandel im November

767 Millionen Reichsmark Ausfuhrüberschuß

Januar—November 1930

WTB. **Berlin**, 15. Dez. (Tel.) Die **Einfuhr** im November beläuft sich auf 734 Millionen Reichsmark. Sie ist damit gegenüber dem Vormonat um 99 Millionen Reichsmark **geringer**, und zwar vorwiegend infolge verminderter Einfuhr von Rohstoffen (48 Millionen Reichsmark weniger) und Lebensmitteln (42). Dieser Rückgang ist zum Teil dadurch bedingt, daß die Oktobereinfuhr durch vierteljährliche Lagerabrechnungen überhöht war.

Die **Ausfuhr** ohne Reparationssachlieferungen stellt sich im November auf 870 Millionen Reichsmark. Sie ist also gegenüber Oktober um 141 Millionen Reichsmark **zurückgegangen.** Dieser Rückgang ist zum Teil saisonmäßig bedingt. Zu der genannten Ausfuhrziffer treten Reparationssachlieferungen im Werte von 61 Millionen Reichsmark (gleicher Betrag wie im Vormonat), für die vom Ausland eine Gegenleistung nicht erbracht wird.

Die **Handelsbilanz** schließt im November mit einem **Ausfuhrüberschuß von 136 Millionen Reichsmark** gegenüber 178 Millionen im Vormonat ab. Einschließlich der Reparationssachlieferungen übersteigt der Wert der nach dem Ausland abgesetzten Waren den Wert der eingeführten Waren um 197 Millionen Reichsmark gegen 239 Millionen Reichsmark im Vormonat.

Für die ersten 11 Monate dieses Jahres ergibt sich unter Ausschluß der Reparationssachlieferungen ein **Ausfuhrüberschuß von 767 Millionen Reichsmark**, unter Einbeziehung der Reparationssachlieferungen von 1421 Millionen Reichsmark.

Erkrankung Poincarés

WTB. **Paris**, 15. Dez. (Tel.) „Oeuvre" berichtet, daß **Poincaré seit zwei Tagen leidend** sei, und daß der ihn behandelnde Arzt erklärt habe, Poincaré sei am Samstag von einer Unpäßlichkeit befallen worden und brauche **völlige Ruhe.**

Britische Kriegsschuldenzahlung an Amerika

WTB. **London**, 15. Dez. (Tel.). Die britische Regierung hat heute an das amerikanische Schatzamt, die auf Grund des **Schuldenabkommens** mit Amerika fällige **94 390 000-Dollars-Halbjahreszahlung** geleistet, wovon 28 Millionen Dollars zur Amortisierung und der Rest für den Zinsendienst der britischen Kriegsschuld bestimmt ist. Hiermit steigt die Summe, die den Vereinigten Staten seit Fundierung der britischen Schuld gezahlt worden ist, auf **1 285 750 000 Dollars**, wovon 202 Millionen Dollars zur Amortisierung gedient haben. Die Gesamtschuld beträgt noch **4,398 Milliarden Dollars.**

Die Indien-Konferenz auf dem toten Punkt

WTB. **London**, 15. Dez. (Tel.). Etwa 30 mohamedanische und Hindu-Delegierte der Konferenz am runden Tisch waren am Samstag Gäste des Premierministers in **Chequers**, wo sie unter Vorsitz **Macdonalds** ihre Meinungsverschiedenheiten erörterten. Über Einzelheiten der Besprechungen wird Stillschweigen beobachtet. Reuter zufolge, soll indes keine **Einigung** erzielt worden sein. Auch ein Termin für eine neue Zusammenkunft sei nicht festgesetzt worden.

Die Meuterei in Nordspanien unterdrückt

Zwei standrechtliche Erschießungen

Die Aufstandsbewegung in **Jaca** ist — wie aus Madrid gemeldet wird — vollkommen **unterdrückt.** Die Regierungstruppen haben 800 Gefangene gemacht, darunter zwei Universitätsprofessoren und mehrere Madrider Studenten. Die Führer der Meuterei, zwei Hauptleute, wurden **standrechtlich erschossen.** Der erschossene Hauptmann **Salenas** hat die Gesamtschuld auf sich genommen und erklärt, er sei die Triebfeder der Bewegung gewesen. Die Regierung scheint zu besorgen, daß die Unruhen wieder aufflackern könnten und noch nicht vollkommen behoben seien, denn heute früh ist, wie Havas meldet, das Standrecht verhängt worden. Andere angeklagte Offiziere wurden zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Die Zahl der am Aufstand Beteiligten soll 700 betragen.

Ein Gespräch mit Kellogg

Frank Billings Kellogg hielt sich auf der Rückreise aus Oslo einige Tage in **Berlin** auf. Er wird am heutigen Montag mit der „Bremen" wieder nach New York zurückkehren. — In einem kurzen Gespräch mit einem Mitarbeiter der „Voss. Ztg." sprach Kellogg von seiner großen Verehrung für **Stresemann** und von den Fortschritten, die zweifellos in der internationalen Friedenspolitik und Schiedsgerichtsbarkeit festzustellen seien. Die Gärung, die in manchen Völkern herrscht und dort eine gewisse Unsicherheit verursacht, beruht im wesentlichen auf **wirtschaftlicher Depression.** Deutschland hat also etwa kein Monopol auf eine Wirtschaftskrise; sie ist überall zu spüren, aber sie wird vorübergehen und mit ihr der Unsicherheitsfaktor in der ganzen Welt.

Das Land Baden im Spiegel der Zahlen

Nach 5jähriger Pause erscheint soeben das **„Statistische Jahrbuch für das Land Baden"** im 43. Jahrgang, herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt (Macklot'sche Druckerei AG., Karlsruhe, 383 Seiten).

Rein äußerlich fällt schon der stark erweiterte Umfang des neuen Jahrgangs auf. Inhaltlich bringt das Buch zunächst eine Fortsetzung der früher veröffentlichten Zahlenreihen. Darüber hinaus aber finden sich aufschlußreiche Angaben über Fragen und Äußerungen des Volkslebens, die für die öffentliche Verwaltung und Gesetzgebung, die Wissenschaft und die Gesamtbevölkerung von besonderer Bedeutung sind. In einem ganz neu geschaffenen Abschnitt werden die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der 16 größten Städte des Landes einer gesonderten Darstellung unterzogen. Das Zahlenmaterial dieses Abschnitts dürfte für die badischen Städte von erhöhtem Interesse sein, weil es für Vergleichszwecke wertvolle Dienste leistet.

Das Buch gliedert systematisch die Fülle des behandelten Stoffes in 12 Hauptabschnitte mit einem alphabetischen Sachregister. Viele Zweige der Statistik sind gegenüber dem letzten Jahrbuch neu behandelt, ein großer Teil der übrigen Tabellenwerke ist mehr oder weniger stark erweitert. Die beiden ersten Hauptabschnitte behandeln **Staatsgebiet** und **Staatsverwaltung.** Im Abschnitt **Bevölkerungswesen** sind neu die Zahlenwerke über Geburtenüberschuß und Geburtenhäufigkeit. Dazu kommt eine Tabelle, die den Geburtenrückgang in interessanter Gruppenbildung zeigt: Aufgliederung der Geburtenbewegung in Städten mit über 5000 Einwohnern, ferner nach Gemeinden mit vorwiegend katholischer und vorwiegend evangelischer Bevölkerung, nach Gemeinden mit Industriebevölkerung und solchen mit rein ländlichem Charakter.

Im Abschnitt **Geistesleben** sind Angaben über Unterricht und Bildung und über die Kirche zu finden, ferner Wahlstatistik. Das umfangreichste Kapitel, dem die Hälfte des Werkes gewidmet ist, behandelt das **Wirtschaftsleben** Badens. Über die wichtigsten Zweige der badischen Wirtschaft hat das Landesamt bereits größere Einzelwerke herausgebracht, die mit besonderer Sorgfalt bearbeitet wurden, so „Die Industrie in Baden im Jahre 1925", „Die Landwirtschaft in Baden im Jahre 1925", „Handel und Verkehr in Baden im Jahre 1925" u. a.

Im ersten Unterabschnitt werden wertvolle auf die **Landwirtschaft** bezüglichen Aufschlüsse gegeben. Grundbesitzverhältnisse, Betriebe und deren Fläche, das Ackerland und seine Bestellung, Gliederung der Betriebsinhaber nach ihrem Hauptberuf, Ausrüstung der Betriebe mit Kapital (Verwendung von Antriebs- und Arbeitsmaschinen), Zahl des Hilfspersonals, die durchschnittlichen Ernteerträge in den einzelnen Amtsbezirken auf 1 Hektar im Jahre 1929. Der **Obstbau** ist neu in einer interessanten Bearbeitung zur Darstellung gekommen. Es wird die Zahl der ertragfähigen Obstbäume, der Durchschnittsertrag eines Baumes, der Gesamtertrag nach Menge und Wert in den einzelnen Amtsbezirken mitgeteilt. Man erfährt dabei den Gesamtwert des Obstertrages in Baden, der sich im Jahre 1929 auf 23,4 Millionen Reichsmark belief! Ein Vergleich mit den Erträgen des badischen Weinbaus im Jahre 1929 bei einem Gesamtertrag von rund 414 000 Hektoliter Weinmost und einem geschätzten Durchschnittsertrag von 50 *RM* pro Hektoliter zeigt, daß der Obstbau in seinem Ertrag keinesfalls hinter dem Weinbau in Baden zurücksteht. Mit einem Obstertrag von 2,7 Millionen Reichsmark marschiert Bühl an der Spitze, dann folgen Heidelberg mit einem Ertrag von 1,9 Millionen und die beiden Amtsbezirke Freiburg und Emmendingen mit jeweils 1,1 Millionen Reichsmark. **Weinbau, Tabakbau** und **Handelsgewächsbau** sind mit den wichtigsten Daten dargestellt.

Zu der Statistik über den **Viehstand** ist im neuen Jahrbuch eine Veröffentlichung der Viehbesitzer und eine Statistik des Viehstandes der landwirtschaftlichen Betriebe hinzugekommen. Mit Hilfe der Viehdichtigkeit als Vergleichsmaßstab ließe sich anschaulich die Viehhaltung nach Betriebsgrößenklassen zum Ausdruck bringen. Die Rinderhaltung ist am intensivsten bei den kleinbäuerlichen (37,47 Proz.) und den mittelbäuerlichen Betrieben (40,06 Proz.). Der ermittelte Pferdebestand von rund 60 000 Tieren verteilt sich hauptsächlich auf die kleinbäuerlichen (30,02 Proz.) und die mittelbäuerlichen Betriebe (48,78 Prozent). Bemerkenswert ist, daß 10,15 Proz. der Pferde in Kleinstbetrieben (unter 2 Hektar) anzutreffen sind. **Forstwirtschaft, Jagd** und **Fischerei** sind entsprechend behandelt, wobei die Statistik des Holzmassenertrages der Staats-, Gemeinde- und Körperschaftswaldungen interessiert. Danach brachten im Jahre 1928 die Staatswaldungen rund 839 000 Festmeter, die Gemeinde- und Körperschaftswaldungen 2 153 000 Festmeter.

Im **Unterabschnitt Gewerbe, Industrie** und **Handel** sind unter anderem neu aufgenommen die Tabellen über Fabriken mit 20 und mehr Arbeitern nach Gewerbegruppen im Jahre 1925, 1927 und 1929, die Fabrikindustrie in Baden im Jahre 1925 und die Fabrikarbeiter nach dem Wohnsitz verbunden mit einer sehr aufschlußreichen Darstellung der „Pendelwanderung" der Fabrikarbeiter. Diese Kategorie von Arbeitern, die außerhalb ihres Wohnsitzes einer Beschäftigung nachgehen, strömen bei eintretender Arbeitslosigkeit regelmäßig in ihre Heimatgemeinde zurück. Es ergibt sich eine enge Verknüpfung dieser Kategorie von Fabrikarbeitern und der Fürsorgelast großer Städte. Im Falle einer längeren strukturellen Erwerbslosigkeit, wie wir sie gerade jetzt durchmachen, werden die Städte in ihrer Finanzgebarung durch erhöhte Fürsorgelasten um so weniger bedroht, je größer der Anteil der auswärtigen Arbeiter an der Gesamtzahl ist. In Baden hatten im Jahre 1925 von 226 790 Fabrikarbeitern 71 490 (31,5 Pro-

zent) ihren Wohnsitz außerhalb ihres Beschäftigungsortes. Im Amtsbezirk Mannheim waren es nur 17,6 Proz., in Freiburg 22,5 Proz., in Karlsruhe 34,8 Proz. und in Pforzheim 39,7 Proz.

Neu ist auch die Statistik über das **Hausgewerbe**, aus der sich ergibt, daß in 2554 ermittelten Hausgewerbebetrieben insgesamt 3230 Personen beschäftigt sind. Die einzelnen Zweige der **Verkehrsstatistik** (Straßen-, Eisenbahn-, Post-, Schiffahrts-, Kraftfahrzeug- und Luftverkehrstatistik einschließlich Fremdenverkehr) sind mit größerem Zahlenmaterial vertreten.

In weiteren Unterabschnitten folgen Bestands- und Umsatzziffern aus dem **Geld- und Kreditwesen**, Angaben über **Arbeitsmarkt** und **Löhne** sowie eine Zusammenstellung der Reichsindexziffern 1924—30 und die Baustoffindexziffern. Mit den **Unternehmungsformen** der badischen Wirtschaft beschäftigt sich ein neuer Unterabschnitt. Die Statistik bietet ferner ein Bild von den Unternehmungsverflechtungen und -konzentrationen in der badischen Wirtschaft. Die bilanzmäßigen Erträge bzw. Verluste und die Grundkapitalziffern der Aktiengesellschaften mit dem Sitz in Baden werden nach Gewerbegruppen gegliedert mitgeteilt. Die Genossenschaften sind ebenfalls — nach Arten gruppiert — zur Darstellung gebracht. Weitere Statistiken beschäftigen sich mit den Berufsverbänden und den Gewerkschaften.

Die **Versicherungsstatistik** gibt Aufschluß über Zahl der Kassen und Versicherungsträger und deren finanzielle Ergebnisse. **Bautätigkeit** und **Wohnungswesen** sind entsprechend der Wichtigkeit dieser Zweige in der öffentlichen Verwaltung ausführlich in einem neuen Unterabschnitt behandelt. Man erfährt beispielsweise aus der Statistik der **Wohndichte** (auf Grund der Ergebnisse der Reichswohnungszählung vom Mai 1927), daß in Baden die Zahl der überfüllten Wohnungen (Wohnungen mit mehr als 2 Personen auf einen Wohnraum, einschließlich Küche) mit 3,9 Proz. weit unter dem Reichsdurchschnitt (5,6 Proz.) liegt. Auch ist die Anteilziffer der in überfüllten Wohnungen Lebenden in Baden mit durchschnittlich 7,4 Proz. erheblich geringer als im Reichsdurchschnitt (9,6 Proz.). Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß die überfüllten Wohnungen in erster Linie in den größeren Gemeinden zu suchen seien. Die Statistik lehrt das Gegenteil. Auffallend hoch ist die Überfüllung der Wohnräume auf dem Lande: in Gemeinden unter 1000 Einwohnern leben 14,4 Proz. in überfüllten Wohnungen! Den größten Fortschritt im Kampf gegen diesen sozialen Übelstand haben die Städte von 20 000 bis 100 000 Einwohnern aufzuweisen, in welchen nur 3,25 Proz. der Bewohner auf überfüllte Wohnungen entfallen. Ungünstig ist das Verhältnis noch in den beiden Großstädten Mannheim und Karlsruhe, wo der Anteil der in überfüllten Wohnungen Lebenden 9,1 Prozent beträgt.

Im Abschnitt **Wohlfahrtspflege** werden Zahlen über Kranke und Krankheiten gegeben. Neu aufgenommen ist hier die zahlenmäßige Berichterstattung über Krebs und Alkoholiker. Der **Sport** ist vertreten durch Zahlenmaterial über Verbände, Turn- und Sportplätze. Es folgt dann der Abschnitt über **Rechtspflege**, mit ebenfalls sehr aufschlußreichem Material. Das **Finanzwesen** wird in wesentlich erweitertem Umfang zur Darstellung gebracht. Hier interessieren besonders die über die Gemeindehaushalte gemachten Angaben (Gemeindesteuerfüße 1924—28, nach Gemeindegrößenklassen gegliedert usw.). Im Jahre 1928 gab es in Baden noch 43 Gemeinden, in denen keine Gemeindesteuer erhoben wurde! Allerdings sind es nur Gemeinden mit unter 4000 Einwohnern. 1924 war die Gesamtzahl der gemeindesteuerfreien Gemeinden noch 62.

Sehr zu begrüßen ist es, daß das neue Jahrbuch einen **Sonderabschnitt** mit 40 Übersichten **für die 16 größeren Städte** des Landes enthält. Neben den Statistiken des Bevölkerungsstandes und der Bevölkerungserneuerung (vermißt wird eine Darstellung der Haushaltungen und der Familien), der beruflichen und sozialen Gliederung der Bevölkerung interessiert das Tabellenwerk über den **Grundbesitz** der badischen Städte. Bei der Bedeutung, welche der kommunalen Bodenvorratswirtschaft durch den Übergang der Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens in der Nachkriegszeit auf die öffentlichen Körperschaften zukommt, ist diese Übersicht von besonderem Interesse. In der Reihe der kommunalen Grundbesitzer marschiert nach dem Umfang des Besitzes die Stadt Baden-Baden mit 5671 Hektar an der Spitze, dann folgt Freiburg mit 5043 Hektar, zu denen noch 296 Hektar Stiftungsbesitz kommen. Mannheim hat 3527 Hektar, Karlsruhe 1850 Hektar, Heidelber 4266 Hektar, Pforzheim 1592 Hektar Grundbesitz. Von der unbebauten Fläche hat Mannheim absolut und relativ mit 372 Hektar weitaus den größten Anteil **Baugelände**. Sehr aufschlußreich ist alsdann die Statistik über die Gemeindebetriebe und -unternehmungen mit Bestands-, Produktions- und Umsatzziffern, ebenso die Darstellung über das Bau- und Wohnungswesen. Aus einer Statistik über die mit Baudarlehen erstellten Wohnungen ist auch das Ausmaß der **privaten Bautätigkeit** in den größeren badischen Städten zu ersehen. Relativ am stärksten griff der private Bauunternehmer wieder in den Produktionsprozeß ein in Baden-Baden und Bruchsal, wo durch seine Initiative 86,3 Proz. bzw. 85,3 Proz. aller Wohnungen in den Jahren 1924 bis 1928 erstellt wurden! In Mannheim sind es 56,1 Proz., in Karlsruhe 64,3 Proz. und in Freiburg 40 Proz. Die **Gemeinde** trat als Bauherr relativ am stärksten hervor in Konstanz mit 38 Proz. und in Villingen mit 26 Proz. der erstellten Wohnungen (Freiburg: 22,4 Proz., Mannheim 21,4 Proz., Heidelberg 25,3 Proz.). Eine besondere Bedeutung kommt auch den Übersichten über die Wohlfahrtspflege und das Finanzwesen zu.

Dem Statistischen Landesamt gebührt Dank und Anerkennung für das neue Jahrbuch, in welchem eine Unsumme von statistischem Material mit Bienenfleiß zusammengetragen wurde. Allen Politikern, Volkswirtschaftlern, Finanz- und Sozialpolitikern sowie allen Behörden wird das Buch als Nachschlagewerk wertvolle Dienste leisten.

Dr. Willi Boos, Freiburg i. B.

Der Rechtsausschuß des Reichstages verwies den Antrag des Zentrums auf Absetzung des Ausschußvorsitzenden Dr. **Frank** II. (NatSoz). mit 13 gegen 11 Stimmen an den Ältestenrat und vertagte sich. In der Aussprache hatte der sozialdemokratische Abg. Dr. **Marum**, Karlsruhe, darauf hingewiesen, daß es üblich sei, dem Vertagungswunsch einer großen Partei stattzugeben. Der Nationalsozialist **Rupp**, Karlsruhe, erklärte, die gesamte nationalsozialistische Fraktion heiße die beanstandete Äußerung des Abg. Dr. Frank für richtig.

Hugenberg contra **„Vorwärts“**. In einem Prozeß Hugenberg contra „Vorwärts“ wurde der Angeklagte, Redakteur **Geyer**, wegen Beleidigung zu 500 *RM* **Geldstrafe** und zur Tragung der Kosten verurteilt. Das Urteil ist einmal im „Vorwärts“ auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen. Die Privatklage gründete sich auf einen Artikel mit der Überschrift „Hugenbergs Schande“, der sich mit den Vorgängen bei der Ostbank für Handel und Gewerbe beschäftigte. Darin wurde Hugenberg vorgeworfen, Spargelder von kleinen Leuten gesammelt und für politische Zwecke seines Pressekonzerns verwendet zu haben.

Chronik der Zusammenstöße

Im **Apollotheater** in **Nürnberg** kam es Samstag abend zu einem **großen Theaterskandal** anläßlich der Aufführung der Revue „Liebe mich“. 300 bis 400 im Zuschauerraum verteilte Personen machten einen furchtbaren Lärm, Stinkbomben wurden geworfen, faule Eier usw. geschleudert und weiße Mäuse losgelassen. Die Polizei räumte den Saal. Die Revue zeigt u. a. Darstellerinnen der verschiedenen Länder in Prunktrachten. Um von vornherein Zwischenfälle auszuschließen, hatte die Theaterdirektion die französische Vertreterin nicht aufmarschieren lassen. Die deutsche Darstellerin sollte — die wirtschaftliche Not Deutschlands zeigend — in einem schlichten Gewand auftreten, das dann später mit einem aus Teilen der Gewänder der anderen Länderdarstellerinnen zusammengesetzten Prunkgewand vertauscht werden sollte. Die Theaterdirektion hat freiwillig entsprechende Änderungen in den beanstandeten Revueteil vorgenommen.

*

Der **Polizeipräsident** in **Frankfurt a. M.** hat von heute. Montag ab, alle Umzüge, Demonstrationen u. Versammlungen unter freiem Himmel im Ortspolizeibezirk Frankfurt a. M. bis auf weiteres verboten.

Am Samstag kam es in **Gladbach-Rheydt** bei einer nationalsozialistischen Versammlung unter den Versammlungsteilnehmern zu Streitigkeiten, die in eine Schlägerei ausarteten. Ein Nationalsozialist erhielt von einem Kommunisten einen Messerstich in den Oberarm. Die Polizei löste die Versammlung auf. Nachts kam es dann noch einmal zu Streitigkeiten zwischen vier nationalsozialistischen Führern und vier Kommunisten, in deren Verlauf **ein Kommunist** von einem Nationalsozialisten **niedergeschossen** wurde. Er war sofort tot.

Am Bußtag dieses Jahres waren in **Görlitz** Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen und mißhandelt worden. Im Zusammenhang mit diesem Vorfall begann am Samstag gegen 14 Personen ein **Prozeß wegen Landfriedensbruchs**, zu dem 54 Zeugen und ein Sachverständiger geladen sind.

Die Lübecker Todesfälle

Auf Grund der angestellten Untersuchungen im Reichsgesundheitsamt und im Institut „Robert Koch“ in Berlin, sowie auf Grund eines Berichtes maßgebender Fachleute hat der **Reichsgesundheitsrat** erklärt, er halte an seiner im Jahre 1927 gefaßten Entschließung fest, wonach von einer allgemeinen Anwendung einer Tuberkulose-Schutzbehandlung, namentlich wenn dabei lebendige Bazillen wie in Lübeck verwendet würden, zunächst **abzuraten** sei. Der Rat hält eine Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften über Herstellung, Abgabe und Anwendung von Impfstoffen aller Art für erforderlich. Eine Kommission soll dem Reichsgesundheitsrat baldigst entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Kurze Nachrichten

Der Preußische Landtag tritt am heutigen Montag wieder zusammen. In der Eröffnungssitzung werden nur kleinere Vorlagen beraten. Am morgigen Dienstag soll die erste Beratung des neuen preußischen Haushaltes beginnen. Am Samstag wird der Preußische Landtag voraussichtlich in die Weihnachtsferien gehen.

Für Heraufsetzung des Wahlalters in Preußen. Im Preußischen Landtag ist ein Antrag der Wirtschaftspartei eingegangen, der die Heraufsetzung des aktiven Wahlalters von 20 auf 25 Jahre verlangt.

Die Filmindustrie will Gagen abbauen. Die Spitzenorganisation der Deutschen **Filmindustrie** beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Verbilligung der Filmproduktion. Neben einer Senkung der Preise für Tonfilmlizenzen wurde entscheidendes Gewicht auf einen **Abbau der Gagen** des künstlerischen und technischen Personals gelegt. Auch der Verband der Filmindustriellen hatte in eigener Sitzung zur Gegenfrage Stellung genommen. Es soll über das Verbandsbüro ein Austausch der Listen der an die **Filmstars** bezahlten Gagen erfolgen. Diese Listen sollen als Grundlage für Richtlinien über gemessene Bezahlung der Schauspieler, entsprechend der allgemeinen Wirtschaftslage, dienen.

Einwanderungsverbot in Brasilien. Die provisorische Regierung in Rio de Janeiro will die Einwanderungen auf sechs Monate verbieten, um die Arbeitslosigkeit im Lande zu beheben. In Rio de Janeiro gibt es 60 000 Arbeitslose.

Die Unruhen auf Cuba werden in Washingtoner Regierungskreisen mit großer Besorgnis verfolgt, da man befürchtet, daß ein Eingreifen der Vereinigten Staaten notwendig werden könnte.

Kleine Chronik

Im **Meineidsprozeß Heise in Detmold** wurde der Angeklagte **freigesprochen** und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

In der Nähe des Alexanderplatzes in **Berlin** kam es in der Nacht zum Sonntag gelegentlich der Festnahme eines Mannes zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und der sich sammelnden Menge. Ein Polizeibeamter wurde abgedrängt und schwer mißhandelt. Hierbei tat sich besonders der 23jährige Kassenbote **Ladewig** hervor. Der Beamte gab schließlich in der Notwehr zwei Schüsse gegen die Angreifer ab, die L. **töteten.**

In ihrer mit Gas angefüllten Wohnung in der Chausséstraße im Norden **Berlins** wurden heute, **Montag**, vormittag ein Arbeiter und seine Frau tot aufgefunden. In der darüber liegenden Wohnung war durch das eingedrungene **Gas** eine Frau so schwer vergiftet worden, daß sie in bewußtlosem Zustand ins Krankenhaus gebracht werden mußte. In der noch eine Treppe höher gelegenen Wohnung wurde eine weitere Frau aufgefunden, die ebenfalls Gasvergiftungserscheinungen aufwies. Ihr Befinden ist weniger ernst. Fahrlässigkeit dürfte die Ursache sein.

Bei **Eschwege** wurde der Kraftwagen einer Mühlhäuser Firma, der die Geschäftseinnahmen der Zweigstelle mit dem Kraftwagen nach Mühlhausen bringen wollte, von dem Kaufmann Gotthold **Schmidt** und seinem Sohn, die in dem Hause des Zweiggeschäftes wohnen, unterwegs überfallen. Sie raubten **3200 *RM*** und flüchteten. Der Überfallene hat nur leichtere Kopfverletzungen erlitten.

In **Neustadt an der Dosse** wurden bei einem Brand des Lagerhauses der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft mehrere **tausend Zentner Getreide vernichtet.** Man nimmt an, daß das Feuer durch Überhitzung der Koksöfen in der Trockenanlage entstanden ist.

Der für heute, Montag, angesetzte Start zum transatlantischen Flug von **12 italienischen Seeflugzeugen** nach Südamerika ist wegen schlechten Wetters verschoben worden.

Der Ausflugsdampfer **„Eureka II“** ist in **Miami Beach** (Florida) durch drei **Explosionen zerstört** worden. Von den 132 Passagieren sind mindestens 125 gerettet. Man nimmt an, daß auch die übrigen sieben in Sicherheit gebracht worden sind.

Badischer Teil

*„Um die Koalitionsfähigkeit des Nationalsozialismus“

Vor etwa 14 Tagen ist der „Karlsruher Zeitung“ in Anlehnung an einen Leitartikel des „Badischen Beobachters“ die Frage der prinzipiellen Koalitionsfähigkeit des Nationalsozialismus erörtert worden. Von vornherein wurde dabei das Wort **„prinzipiell“** betont; denn der Artikel ging ja in seinem **praktischen** Teil von der Erkenntnis aus, daß schon im Hinblick auf unsere **Anleihepolitik** eine Koalition mit den Nationalsozialisten unmöglich sei, weil sie das Ausland wahrscheinlich veranlassen würde, kurzfristige Kredite bzw. Anleihen zu **kündigen.**

Nachdem das Karlsruher Organ der Nationalsozialisten sich mit dem Artikel des „Badischen Beobachters“ und dem unsrigen beschäftigt hatte, widmet nun auch die **„Badische Zentrumskorrespondenz“** der Angelegenheit einen besonderen Aufsatz. Er gipfelt in der Feststellung, daß **„angesichts der Katastrophenpolitik der Nationalsozialisten auch eine prinzipielle Anerkennung der Koalitionsfähigkeit dieser Partei nicht in Betracht kommen könne.“** Eine Partei, die auf den **Untergang des Staates** hinarbeitet, erst alles in Trümmer schlagen will, ehe der Neuaufbau beginnt, könne für das Zentrum niemals und unter keinen Umständen als koalitionsfähig angesehen werden. Weiter heißt es, daß das Zentrum gewiß bereit sei, mit allen Parteien in einer Koalition zusammenzuarbeiten, **die auf dem Boden des heutigen Staates stehen** und bereit sind, im Interesse von Staat und Gesamtvolk verantwortungsvolle und sachliche Mitarbeit zu leisten; **diese Voraussetzungen** hätten die Nationalsozialisten **bisher in keiner Weise erfüllt**, und sie hätten nach ihrem eigenen Zugeständnis auch gar nicht die Absicht oder den Willen, sie auch nur in irgendeiner Weise zu schaffen.

Nach alledem, was sich zumal in den letzten 14 Tagen abgespielt hat, wird man diesen Auslassungen der „Badischen Zentrumskorrespondenz“ nur **zustimmen** können. Eine jede Koalition setzt voraus, daß die betreffende Partei **sich auf den Boden der Verfassung stellt**, und daß ihre Vertreter im Kabinett als Minister den **Eid** auf diese Verfassung ablegen. Die Deutsche Volkspartei z. B., die anfangs den neuen Staat aufs schärfste bekämpfte, ist mit dem Augenblick koalitionsfähig geworden, in welchem sie bereit war, **auf dem Boden der Verfassung mitzuarbeiten.** Und auch die Deutschnationalen haben Gesetz und Verfassung anerkennen müssen, bevor sie seinerzeit in die Regierung eintraten. Da mit einer solchen Möglichkeit beim Nationalsozialismus in der Tat **nicht** zu rechnen ist, darf die **Diskussion** über die Koalitionsfähigkeit dieser Partei allerdings als **abgeschlossen** gelten.

Gegen die Stillegung der Albtalbahn

In **Ettlingen** fand am Sonntag eine von Vertretern aller interessierten Gemeinden und Organisationen stark besuchte **Protestkundgebung** gegen die drohende Stillegung der Albtalbahn und namentlich der **Busenbach—Brötzinger-Strecke** statt. Bürgermeister **Bischof**, Dietlingen, konnte in seiner Begrüßungsansprache neben zahlreichen Bürgermeistern auch den Vertreter der Pforzheimer Handelskammer und die drei Landtagsabgeordneten des Pforzheimer Bezirks begrüßen.

Dann gab Verkehrsdirektor **Keller**, Pforzheim, in einem Referat eine Darstellung der zum großen Teil bereits bekannten Verhältnisse bei der Bleag und verbreitete sich im Anschluß über die Möglichkeiten einer beschränkten Weiterführung des Betriebes. Ausgehend von der starken Konkurrenz des Kraftwagens als Hauptursache der Defizitwirtschaft der Bleag betonte er, daß mit Krediten die Bleag nicht saniert werden könne. Es handle sich vielmehr darum, eine **wirtschaftlichere Betriebsform** zu finden, mit der der Betrieb auf die Dauer weitergeführt werden könne. Die Einrichtung einer Autobuslinie stelle eine vollkommen abwegige Lösung der Frage dar, da die dazu erforderlichen Straßen- und Brückenbauarbeiten allein einen Kostenaufwand von mehreren 100 000 Reichsmark bedeuteten, ganz abgesehen von dem erforderlichen Wagenmaterial und den zu erstellenden Garagen. Handle es sich doch gerade auf der Strecke **Busenbach—Brötzingen** um 15 Orte mit nicht weniger als 12 Fabriken und 3327 Arbeitern, von denen 2934 auf die Benutzung der Bahn angewiesen seien. Ein solcher Betrag würde aber bei weitem dazu ausreichen, um einen Kleinbahnbetrieb auf dieser Strecke mit vier Lokomotiven zu unterhalten, der nach Berechnungen der Reichsbahndirektion mit einem Kostenaufwand von 148 000 Reichsmark jährlich glatt durchgeführt werden könnte. Es könne also für den Staat eigentlich nur eine Initiative geben: Neue Arbeitslosigkeit und schwere Schädigungen der Wirtschaft dieses Gebietes zu verhüten und den billigeren Weg der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes zu wählen. Andernfalls müsse versucht werden, die Brötzinger Strecke durch eine **Notgemeinschaft in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung** als Kleinbahnstrecke weiterzubetreiben. Nötig sei aber auch, außer dem Kreis Karlsruhe als Hauptaktionär die anderen beteiligten Kreise (Heidelberg) zur Unterstützung heranzuziehen.

Die mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen gaben Veranlassung zu einer mehrstündigen lebhaften Diskussion, in der Vertreter aller Berufsstände und Parteirichtungen von den Nationalsozialisten bis zu den Gewerkschaften das Wort ergriffen und in der der spontane Protest aller beteiligten Bevölkerungskreise gegen eine Stillegung der Bahn zum Ausdruck kam. Die Landtagsabgeordneten Graf, Herrmann und Habermehl sagten sämtlich ihre volle Unterstützung bei der Behandlung der Bleag-Angelegenheit im Landtag zu.

In einer einstimmig gefaßten **Entschließung** an Regierung und Landtag wird gefordert, daß alles geschehen müsse, um die Stillegung der Albtalbahn zu verhindern und ein blühendes Industrie- und Wirtschaftsgebiet vor der drohenden Verelendung zu bewahren.

Der Eisenbahnverkehr nach Speyer

Wegen **Beschädigung der Schiffbrücke** bei Speyer durch einen zu Tal fahrenden Dampfer mußte der Eisenbahnverkehr nach Speyer über Lußhof am 14. Dezember ab 16 Uhr eingestellt werden. Die Züge verkehren bis auf weiteres nur bis und ab Lußhof. Der gesamte Verkehr nach Speyer wird **über Mannheim-Ludwigshafen umgeleitet.** Über die Brücke wird Fußgängerverkehr aufrechterhalten. Die Wiederherstellung der Brücke wird voraussichtlich mehrere Tage beanspruchen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Tagung des Nord-Süd-Ausschusses in Köln

Am 20. Dezember findet im Rathaus zu **Köln** unter dem Vorsitz des Beigeordneten **Bönner**, Köln, eine Tagung des Nord-Süd-Ausschusses statt. Im Nord-Süd-Ausschuß haben sich die deutschen, holländischen und Schweizer Städte Amsterdam, Haag, Rotterdam, Düsseldorf, Köln, Aachen, Koblenz, Mainz, Wiesbaden, Frankfurt a. M., **Mannheim, Karlsruhe, Baden-Baden, Freiburg i. Br.**, Stuttgart, Augsburg, München, Zürich, Luzern zu einer **Arbeitsgemeinschaft** zusammengeschlossen, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, den **Auslandsverkehr** aus England und Amerika auf die **Rheinlinie** zu ziehen. Auf der Tagung wird über die Tätigkeit des Ausschusses im vergangenen Jahre und über die Werbemaßnahmen, die für das kommende Jahr geplant sind, berichtet werden. Im Anschluß an die Beratung wird Beigeordneter **Bönner** über das **Nord-Süd-Gebiet als internationale Verkehrslinie** und Generaldirektor **Thiele** über **Personenschiffahrt und Rheinverkehr** sprechen.

Besprechung über die Elektrifizierung der Höllentalbahn

Vor zwei Monaten ist bekanntlich in Freiburg ein Aktionsausschuß für die Elektrifizierung der Höllentalbahn gebildet worden, der von Freiburg bis Donaueschingen und Schwenningen alle Interessenten, wie Gemeinden, Verkehrsgemeinschaften, Verkehrsvereine, Kurverwaltungen und die sonstigen Zweige der Wirtschaft zusammenfaßt. Ein engerer Arbeitsausschuß, bestehend aus den Herren Rechtsanwalt Dr. **Graff**, Freiburg, als Vorsitzenden, Regierungsrat Dr. **Geyer**, Karlsruhe, Handelskammersyndikus Dr. **Kaiser**, Freiburg, und des Freiburger Verkehrsdirektors **Duffner**, wurde beauftragt, die Vorarbeiten zu übernehmen.

In einer am Samstag, den 13. Dezember, im „Hotel Adler-Post" in **Neustadt i. Schw.** abgehaltenen Versammlung wurde Bericht über die bisherige Tätigkeit erstattet. Rechtsanwalt Dr. **Graff** gab zunächst Kenntnis vom Inhalt und Zustandekommen des württembergischen Elektrifizierungsprogrammes. Weitere Mitteilungen konnte Dr. Graff machen über seine Verhandlungen mit dem badischen Vertreter im Reichseisenbahnrat, mit Generaldirektor Dr. **Dorpmüller**, der badischen Regierung usw. Nach der rechtlichen, finanziellen, betrieblichen und technischen Seite könne durch diese Vorbesprechungen das Vorstadium des Problems als weitgehend geklärt angesehen werden.

In der sich anschließenden lebhaften Diskussion kam zum Ausdruck, daß die beschleunigte Elektrifizierung nicht nur im wirtschaftlichen und kulturellen Interesse der Südwestecke des Deutschen Reiches, sondern vor allem der Reichsbahn selbst gelegen sei. Auch neue, wertvolle Gesichtspunkte zugunsten der Elektrifizierung der Höllentalbahn, wie deren **Weiterführung** von Donaueschingen über Bad Dürrheim nach Schwenningen zur Herstellung der direktesten und kürzesten Verbindung von der Rheintalhauptstrecke Basel—Freiburg—Frankfurt an die württembergische Hauptstrecke Osterburken—Stuttgart—Rottweil—Tuttlingen—Huttingenn wurden erörtert.

Badische Wirtschafts- und Berufsverbände zur Kolonialfrage

Von den badischen Wirtschafts- und Berufsverbänden (Badischer land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverband, Bad. Landwirtschaftskammer, Christliches Gewerkschaftskartell, Karlsruhe, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Handelskammer und Handwerkskammer Karlsruhe, Bad. Einzelhandel und Deutscher Groß- und Überseehandel) ist folgende **Entschließung** an die Reichsregierung gerichtet worden:

„Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Landeshauptstadt Karlsruhe protestieren gegen die Vergewaltigung und beabsichtigte Annexion unserer Kolonien, der jetzigen Mandatsgebiete, insbesondere auch gegen die Vereinigung **Deutsch-Ostafrikas** mit den englischen Kolonialgebieten. Wir stellen vor aller Welt fest, daß unsere Kolonien zwar in die derzeitige Verwaltung, nicht aber in das Eigentum der Mandatsstaaten übergegangen sind. Die Vereinigung Deutsch-Ostafrikas mit den englischen Kolonialgebieten würde einen Willkürakt und eine eklatante Verletzung der Völkerbundstagung darstellen. Wir richten daher an die Reichsregierung die dringende Bitte, den Völkerbund auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen."

Die badischen Hausbesitzer protestieren

Der Landesverband der badischen Grund- und Hausbesitzer hatte für Sonntag vormittag in **Karlsruhe** zu einer Protestversammlung gegen die **Erhöhung der Gebäudesondersteuer** aufgerufen. Der Besuch aus allen Landesteilen war so stark, daß in der Eintracht und im Goldenen Adler Parallelversammlungen stattfinden mußten.

Es referierten der Verbandsvorsitzende, Landtagsabgeordnete **von Au** (Mannheim), Rechtsanwalt Dr. **Frey** (Karlsruhe) und Syndikus Dr. **Dierle**, worauf einstimmig eine **Entschließung** zur Annahme gelangte, worin die sofortige Aufhebung der Erhöhung gefordert und weiter verlangt wird, daß der Bad. Landtag sich bei Reichsregierung und Reichstag für Fortfall jeder Sonderbelastung des Hausbesitzes einsetzt. Die Versammlung erhob auch schärfsten Protest gegen eine Auslegung des Begriffs „Friedensmiete" durch die Gemeinden. Es wird verlangt, daß in aller Bälde eine Verordnung im Sinne der Forderungen des badischen Hausbesitzes erlassen wird.

Aus der badischen Industrie

Angestelltenkündigungen in der Baumwollindustrie. Die Gebr. Großmann AG., Weberei und Bleicherei, in **Brombach i. W.** hat ihren sämtlichen Angestellten zum 30. Juni 1931 gekündigt. Als Grund für diese Kündigung wird die schlechte wirtschaftliche Lage angegeben. Ob eine Stillegung des gesamten Betriebes in Aussicht genommen ist, konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden.

Die Stadträte sollen ehrenamtlich walten. Die nationalsozialistischen Stadträte von **Lörrach** haben erklärt, daß sie auf ihre Stadtratsvergütung verzichten und diese dem Städtischen Fürsorgeamt für ausgesteuerte Erwerbslose zur Verfügung stellen. Außerdem haben sie einen Antrag eingebracht, der 50 Prozent der Vergütung für ehrenamtliche Stadträte gestrichen haben will.

Gemeinderundschau

Wahlen in den Gemeinden

Der **Karlsruher Stadtverordnetenvorstand**, sein Obmann und dessen Stellvertreter werden am morgigen Dienstag, ab halb 6 Uhr, gewählt. Für die Vorstandswahl sind drei Listen eingegangen, nämlich: a) von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, 10 Bewerber: **Kullmann**, Dr. Knaus, Martin, Czokally, Kuppinger, Zöller, Siebach, Rieß, Löffel, Heim; b) von der Kommunistischen Partei, 2 Bewerber: Kappler, Hofmann; c) gemeinsam von den 7 übrigen Parteien (Sozialdemokratische Partei, Zentrumspartei, Evang. Volksdienst, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutsche Staatspartei, Deutschnationale Volkspartei), 9 Bewerber: Rothweiler, Wild, Fesenbeckh, Sigmund, Schneider, Baschang, Koch, Echtle, Mohrenstein. Der **Obmann und sein Stellvertreter** brauchen nicht „gewählt" zu werden, da jeweils nur eine Liste eingekommen ist, nämlich für den Obmann von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Bewerber: **Kullmann**, und für den Stellvertreter von der Sozialdemokratischen Partei Bewerber: **Rothweiler**. Diese beiden Bewerber werden **als gewählt** erklärt.

In den neuen Stadtrat in **Müllheim** wurden gewählt: Nationalsozialisten 4 (0), Einheitsliste (Mittelparteien) 3 (6), Zentrum 2 (2), Sozdem. 1 (1), Evang. Volksd. 1 (0).

In **Säckingen** brachte die Neuwahl des Gemeinderats folgende Zusammensetzung: Zentrum 4, Sozialdemokraten 2, Mittelstandsvereinigung 3, Vereinigte Bürgerl. Parteien 1 Sitz.

Bürgermeisterwahlen. In **Sinzheim** (Rastatt) wurde Bürgermeister J. **Walter** mit großer Mehrheit wiedergewählt. — In **Höhefeld** (Bezirk Wertheim) wurde Kaspar Gottfried **Fiederling** mit großer Stimmenmehrheit zum Bürgermeister gewählt.

Der Gemeinderat von Säckingen bewilligte im Interesse der Erhaltung und Weiterführung des Betriebes der **Gesellschaft für Bandfabrikation** in Basel, daß eine Niederlassungskonsortium unter Führung des Industriellen Dr. Hackelsberger der Gesellschaft gewisse Steuervergünstigungen zu bewilligen, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses. Voraussetzung hierfür ist auch eine Vereinbarung über die Weiterführung des Betriebes und Beschäftigung von ortsansässigen Arbeitern und Angestellten.

Aus der Landeshauptstadt

Geltungsdauer der Arbeiterrückfahrkarten an Weihnachten. Mit Rücksicht auf den Dreikönigstag (6. Januar) wird die Geltungsdauer der vom 20. bis 31. Dezember gelösten Arbeiterrückfahrkarten bis zum 7. Januar 1931 einschließlich verlängert.

Badisches Landestheater. Hebbels **„Nibelungen"** gelangen mit ihrem dritten Teil: **Kriemhilds Rache"** am heutigen Montag, Samstag, dem 20., Montag, den 22. und Dienstag, dem 23. Dezember zur Wiederholung; ferner auch Shakespeares **„Kaufmann von Venedig"** am Dienstag, dem 16., und Stefan Zweigs Tragikomödie **„Das Lamm des Armen"**, am Freitag, dem 19. Dezember. Das Weihnachtsmärchen **„Der große Christoph"** von Ulrich von der Trenck, gelangt am Samstag, dem 20. Dezember, nachmittags, und am Sonntag, dem 21. Dezember, nachmittags, zur Wiederholung. — Der Opernspielplan enthält die Operette **„Der lustige Krieg"** für Mittwoch, dem 17., Lortzings **„Zar und Zimmermann"** für Donnerstag, dem 18., und Bizets **„Carmen"** für Sonntag, dem 21. Dezember.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Bei Zufuhr ozeanischer Luft hatten wir gestern bewölktes und windiges Wetter mit zeitweiligen Regenfällen. Im Gebirge ist ab 1000 Meter Schnee, darunter Regen, gefallen. Der Durchzug eines neuen Tiefdruckausläufers, an dessen Vorderseite sich heute Aufheiterung eingestellt hat, steht bevor. — **Wetteraussichten:** Unbeständig, für die Jahreszeit mild und zeitweise Regen, bei lebhaften Westwinden; Gebirge: Hochlagen Schneefall.

Wasserstände. Waldshut 269 +9, Basel 77, Schusterinsel 132 (unv.), Kehl 278 +4, Maxau 459 +9, Mannheim 378 +15, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Tilsit an Müllheim

bld. **Müllheim**, 15. Dez. Die dritte **Reiterstafette**, die von Müllheim nach Tilsit Grüße überbrachte, ist in der Nacht zum Freitag an ihr Ziel gelangt. Auf den poetischen Gruß der Stadt **Müllheim**, der „südwestlichsten" an die „nordöstlichste" antwortete **Tilsit** telegraphisch. „In tiefer Nacht hat die Reiterstafette unter dem Schein hellodernder Fackeln uns Ihre Botschaft überbracht, als einen Lichtstrahl im Dunkel unseres Schicksals, als eine freudige Gewißheit, daß getrenntes Land nicht vergessenes Land ist, daß geraubtes Land nicht verlorenes Land sein darf."

bld. **Mannheim**, 14. Dez. Der Pächter des **Städtischen Palasthotels** hat, um eine Rationalisierung des Betriebs in die Wege zu leiten, vorsorglich sämtlichen 180 Angestellten des Hotels **gekündigt.** Bei dieser Gelegenheit soll das Personal um ein Drittel vermindert werden.

DZ. **Pforzheim**, 15. Dez. Nach dem **Fußballspiel** „Germania" Brötzingen gegen „Union" Böckingen, bei der die Leidenschaft der Zuschauer durch schlechte Schiedsrichterleistung alle Zügel schießen ließ, kam es zu **üblen Szenen**, die schließlich zu **Tätlichkeiten** zwischen dem Schiedsrichter und einem Spieler der Böckinger Mannschaft führten. Die Tätlichkeiten fanden vor dem Platz ihre Fortsetzung, als die Böckinger in den Omnibus, der sie heimführen sollte, einstiegen. Jugendliche Fanatiker bewarfen den Omnibus und die Spieler mit Steinen, so daß schließlich die Polizei mit dem Gummiknüppel einschreiten mußte, um Ordnung zu schaffen.

DZ. **Ettlingen**, 14. Dez. Ein **Lastkraftwagen** fuhr infolge Unvorsichtigkeit des Führers am Freitagvormittag auf der Ettlinger Allee mit dem Zuge der **Albtalbahn** zusammen. Der Lastkraftwagen wurde umgeworfen und **schwer beschädigt.** Es entstand ein Schaden von etwa 800 *RM*. Der Führer des Wagens erlitt starke Prellungen. Der Zugführer konnte den Zug noch rechtzeitig zum Stehen bringen und so großes Unglück verhüten.

DZ. **Rastatt**, 15. Dez. Auf der Strecke Muggensturm-Rastatt bei Kilometer 94/400 wurde ein bis jetzt noch unbekannter **junger Mann** vom Zuge **überfahren** und ihm der Kopf **vom Rumpf getrennt.** Im Mantel und in der Uhr befindet sich das Monogramm A. H.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. Dezember Geld	15. Dezember Brief	12. Dezember Geld	12. Dezember Brief
Amsterdam 100 G.	168.78	169.12	168.70	169.04
Kopenhagen 100 Kr.	112.07	112.29	112.03	112.25
Italien . . 100 L.	21.94	21.98	21.93	21.97
London . . 1 Pfd.	20.347	20.387	20.344	20.384
New York 1 D.	4.1905	4.1985	4.1890	4.1970
Paris . . . 100 Fr.	16.461	16.501	16.458	16.498
Schweiz . . 100 Fr.	81.29	81.45	81.245	81.405
Wien 100 Schilling	59.00	59.12	58.965	59.085
Prag. . . . 100 Kr.	12.432	12.452	12.427	12.447

Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 10. Dezember berechnete Großhandelsindexziffer ist mit 118,3 gegenüber der Vorwoche (118,6) um 0,3 Proz. zurückgegangen.

Badische Maschinenfabrik und Eisengießerei vormals G. Sebold und Sebold und Neff, Durlach. Die ordentliche Generalversammlung am Samstag genehmigte ohne Debatte den vorliegenden Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates, ferner den Jahresabschluß, erteilte Entlastung und setzte die Verwendung des Reingewinnes (mit Einschluß von 113 603 Reichsmark Vortrag aus dem Vorjahre, insgesamt 432 178 Reichsmark) nach dem Vorschlag der Verwaltung fest (9- .i V. 10 Proz. **Dividende** auf die Stammaktie und je 6 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien und die Genußrechte). Das turnusgemäß ausscheidende Aufsichtsratsmitglied Rechtsanwalt Dr. Friedrich **Weill** wurde einstimmig wiedergewählt. Vertreten waren 1 913 200 *RM* Aktienkapital, sowie das gesamte Vorzugsaktienkapital. Der Geschäftsbericht sagt u. a.: Für das Ergebnis des laufenden Jahres wird neben dem weiteren Verlauf der Weltwirtschaftskrise die baldige Durchführung der überall im Gang befindlichen Maßnahmen zur Senkung der Gestehungskosten von entscheidender Bedeutung sein. Gelingt es auf diesem Wege, einen Ausgleich für den Absatzrückgang zu schaffen, so wird gehofft, wiederum ein angemessenes Resultat erzielen zu können.

Fabrik Stolzenberg, Büroeinrichtungs AG. Oos in Baden. In der am heutigen Montag abgehaltenen Generalversammlung waren 24 586 Stimmen von 491 730 Reichsmark Aktienkapital vertreten. Es wurde Anzeige erstattet gemäß § 240 des Handelsgesetzbuches. Die vorgelegte Jahresbilanz, die mit einem Verlust von rund 140 000 Reichsmark abschließt, wurde genehmigt, Vorstand und Aufsichtsrat einstimmig Entlastung erteilt und neu in den Aufsichtsrat gewählt Herr Ferdinand August Held aus Zürich. Für den 19. Dezember ist im Vergleichsverfahren über den neuen Vergleichsvorschlag gerichtlicher Termin angesetzt.

Glashütte Achern AG. Nachdem die Gesellschaft mit einem guten Auftragsstand in das neue Jahr, beginnend am 1. September eingetreten war, machte sich ein merklicher Rückschlag bemerkbar. Eine auffallende Stockung im Versand von Bier- und Wasserflaschen in der Hauptverbrauchszeit trat mit der Erhöhung der Bier- und Mineralwassersteuer ein. Die Fabrikationskosten konnten durch weitere technische Verbesserungen etwas gedeckt werden. Einschließlich des Vortrags von 6741 (1734) Reichsmark, ergibt sich ein Betriebsgewinn von 74 851 (109 845) Reichsmark, 32 135 (38 988) Reichsmark sollen zu Abschreibungen verwendet werden Der Reserve werden 4271 (7086) Reichsmark überwiesen, 6000 (10 000) Reichsmark auf neue Rechnung vorgetragen und auf das Aktienkapital von 450 000 Reichsmark wird eine **Dividende von 5** [illegible] Prozen ausgeschüttet, der Rest mit 9945 Reichsmark auf neue Rechnung vorgetragen. Der am 1. Januar gegründeten Deutschen Flaschen-Verkaufsgesellschaft m. b. H., Düsseldorf, ist die Glashütte Achern AG. mit der seitherigen Verbandsquote beigetreten. Die Aussichten im neuen Jahr werden als ungünstig bezeichnet.

Senkung der Zellstoffpreise. Die angekündigte Senkung der Zellstoffsyndikatspreise für Sulfitzellstoff mit **Wirkung vom 1. Oktober** ist erfolgt, und zwar **im Ausmaß von 5—10 Proz.** auf die zuletzt gültigen Preise, für Spezialqualitäten zum Teil etwas weniger. Da die offiziellen Preise bisher schon unterboten wurden, vielfach fast in demselben Ausmaß, bedeutet die Neufestsetzung im wesentlichen nur die offizielle Anerkennung des bisherigen Zustandes. Allerdings hat das Kartell im Laufe des Jahres schon verschiedene Preissenkungen vorgeschlagen.

Beschlüsse der Kohlenwirtschaft. In einer Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Reichskohlenausschusses wurde, um den Syndikaten Gelegenheit zu geben, sich in dewissem Rahmen der Marktlage anzupassen, beschlossen, daß die Syndikate Änderungen der vor dem 1. Dez. 1930 gültigen Reichsanzeigerpreise nach oben und unten vornehmen würden. Alle beabsichtigten Preissenkungen sind 8 Tage vor dem Inkrafttreten dem Reichskohlenverband vorzulegen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Staatsprüfung für das höhere Lehramt an Gewerbeschulen im Frühjahr 1931.

Die nach Maßgabe der Verordnung des Staatsministeriums vom 17. Mai 1922, die Ausbildung und Prüfung für das höhere Lehramt an Gewerbeschulen (Amtsblatt 1922 Seite 227/232), in der Fassung vom 28. März 1930 (Amtsblatt 1930 Seite 50) abzuhaltende Staatsprüfung wird am

Montag, den 9. März 1931

vormittags 8 Uhr, beginnen.

Gesuche um Zulassung zu dieser Prüfung sind gemäß § 17 a. a. O. unter Beifügung der daselbst verlangten **vollständigen** Nachweise, der Angabe von mindestens drei Vortragsthemen, sowie der Arbeitsbeschriebe

bis spätestens 15. Januar 1931

beim diesseitigen Ministerium einzureichen.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:

Professor Dr. Arthur **Drews** an der Technischen Hochschule in Karlsruhe; technischer Obersekretär Siegfried **Weiß** am physikalischen Institut der Universität Freiburg.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Hauptlehrerin Elisabeth **Miltner** an der Mädchenrealschule in Offenburg.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch Kaiserstraße 132 Spezialhaus für **Bilder u. Einrahmungen** Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

Sinner
Weihnachts-Bock-Bier

im Ausschank
in allen
Sinner-Lokalen

R.829

Herrenanzugstoffe

reines Kammgarn
Große Breite RM. **6,80**

R.831

WILH. BRAUNAGEL, Herrenstraße 7

In Karlsruhe-Beiertheim ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. R.159

Sperrbezirk ist der Vorort Karlsruhe-Beiertheim.

Beobachtungsgebiet ist der Vorort Bulach.

Die Gefahrenzone umfaßt alle Gemeinden des 15-km-Umkreises.

Im übrigen verweisen wir auf die Bekanntmachung vom 27. November 1930.

Karlsruhe, den 13. Dezember 1930. O.-Z. 81

Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion B.

R.158 **Bruchsal.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Weick in Forst ist die Verwertung der Konkursmasse beendigt. Die Schlußrechnung ist durch den Gläubigerausschuß geprüft.

Die zur Verteilung an die Konkursgläubiger zur Verfügung stehende Masse beträgt . . . . 5 718,27 RM
Hiervon sind zu befriedigen die bevorrechtigten Gläubiger mit . . . . 372,50 RM
Für die gewöhnlichen Konkursforderungen stehen daher zur Verfügung . . . . . 5 345,77 RM

Die zu befriedigenden gewöhnlichen Konkursforderungen betragen insgesamt 44 547,89 RM Die Konkursdividende beträgt demnach 12%.

Hiervon ist bereits Anfang 1930 eine Teilquote von 10% an diejenigen Gläubiger abgeführt worden, deren Forderungen im ersten Prüfungstermin festgestellt wurden. Die restliche Quote von 2% und die Konkursquote für diejenigen Gläubiger, welche ihre Forderungen erst nach dem ersten Prüfungstermin zur Konkurstabelle angemeldet haben, wird nach dem Schlußtermin zur Verteilung gelangen.

Bruchsal, den 13. Dezember 1930.

Der Konkursverwalter:

Rechtsanwalt F. Reinmuth in Bruchsal,
Schloßstraße 4a.

R.160. **Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Albert Lehnert,** Holzhandlung hier, verläng. Ettlinger Str., wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben. Karlsruhe, den 11. Dezember 1930. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.**

Karlsruhe. R.157
Güterrechtsregistereinträge.
1. Zu Band II Seite 14: Burger, Wilhelm, Buchdruckereibesitzer, Karlsruhe und Olga geb. Albner. Vertrag vom 21. November 1930. Gütertrennung. 10.XII.30.
2. Seite 15: **Knöpfle,** Ludwig, Chauffeur, Karlsruhe und Anna geb. Schlindwein verw. Freudenberger. Vertrag vom 24. November 1930. Gütertrennung. 13.XII.30.
Amtsgericht Karlsruhe.

Badisches Landestheater

Dienstag, den 16. Dez. 1930
* E 11. Th.-Gem. 501—600 701—800 und 1501—1550

Der Kaufmann von Venedig

Lustspiel von Shakespeare
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Bertram, Rademacher, Schreiner, Baumbach, Dahlen, Gemmecke, Graf, Herz, Hierl, Just, O. Kienscherf, Kuhne, Mehner, Müller, Prüter, Schulze, Grimm, H. Kienscherf, Luther
Anfang 20 Ende 22¼
Preise A (0,70—5 RM)

Mi. 17. 12. Der lustige Krieg. Do. 18. 12. Zar und Zimmermann. Fr. 19. 12. Das Lamm des Armen. Sa. 20. 12. Nachm.: Der große Christoph. Abds.: Die Nibelungen III. Abtlg. So. 21. 12. Nachm.: Der große Christoph. Abends: Carmen. Im Konzerthaus: Meine Schwester und ich. Mo. 22. 12. Die Nibelungen III. Abteilung.

Zentralhandelsregister für Baden.

Heidelberg. A.362

Handelsregister Abt. A Band VI O.-Z. 250: Firma **Mey & Edlich;** Sitz in Leipzig, Zweigniederlassung in Heidelberg. Kommanditgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafterin ist Emma Helene Berger geb. Mey in Leipzig. Es sind vier Kommanditisten vorhanden. Dem Direktor Otto Zelle in Leipzig ist Einzelprokura erteilt. Als Gesamtprokuristen sind bestellt: Franz Hermann Albert Menzel, Willy Broßmann und Dr. Gerhard Silbermann, alle in Leipzig. Sie vertreten die Gesellschaft je mit einem anderen Prokuristen. 26. November 1930.

O.-Z. 115 zur Firma **A. Kahn & Co.** in Heidelberg: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. 27. November 1930.

Band VI O.-Z. 251: Firma **Heß-Schuhe Mathilde Wolf** in Heidelberg. Inhaberin ist Josef Wolf Ehefrau Mathilde geb. Stern in Heidelberg.

Band II O.-Z. 168 zur Firma **Ad. Stumpf** in Schönau: Inhaberin ist jetzt Adam Stumpf Witwe Karolina Magdalena geb. Schmitt in Schönau. Einzelprokuristen sind Adolf Stumpf, Fabrikant, und Otto Stumpf, Fabrikant, beide in Schönau.

Heidelberg, 29. Nov. 1930.
Amtsgericht.

Karlsruhe. R.155

Handelsregistereinträge.
1. **Badische Ziegelverkaufsgesellschaft mit beschränkter Haftung,** Karlsruhe. Willi Mall ist nicht mehr Geschäftsführer. Albert Brauchle, Direktor, Karlsruhe, wurde zum weiteren Geschäftsführer bestellt.
2. **Basaltbrüche Sayn Gesellschaft mit beschränkter Haftung Oberbrechen** in Karlsruhe. Die Firma ist erloschen 8. XII. 30.
3. **Badische Treuhand-Gesellschaft, Aktiengesellschaft,** Karlsruhe. Einzelprokurist: Babette Babel, Prokuristin in Freiburg i. B. 8. XII. 30.
4. **Adolf Wirth & Cie., Schuh- und Lederwarenvertrieb G. m. b. H.,** Karlsruhe. Durch Gesellschafterbeschluß vom 12. November 1930 wurde die Gesellschaft aufgelöst. Liquidatoren: Adolf Wirth jun., Kaufmann, Karlsruhe, Adolf Schneider, Ingenieur ebenda. Sie vertreten die Gesellschaft einzeln. 9. XII. 30.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. R.156

Handelsregistereinträge.
1. **Carl Schöpf,** Karlsruhe. Der Inhaber Carl Schöpf ist gestorben. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Oktober 1930. Persönlich haftende Gesellschafter: Karl Schöpf, Julius Schöpf, Julius Geiger, Kaufleute, Karlsruhe. Die Prokura des Wilhelm Gottlob Luipold bleibt bestehen.
2. **J. Schneyer,** Kommanditgesellschaft, Karlsruhe. Es ist eine weitere Kommanditistin eingetreten.
3. **Schröder & Co.,** Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Joseph Boos ist alleiniger Inhaber der Firma. 9. XII. 30.
4. **Josef Wimmer,** Karlsruhe. Einzelkaufmann: Josef Wimmer, Gastwirt, Karlsruhe. (Gastwirtschaft, Wein- und Spirituosenhandel. Am Bahnhof). 11. XII. 30.
5. **Hermann Freyheit,** Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 12. XII. 30.
Amtsgericht Karlsruhe.

Kehl. A.359

Handelsregister. 1. Die Firma **Friedr. Baschang** in Freistett ist erloschen. 2. Firma Palmose-Rösttwerk Otto Dick in Kehl. Inhaber Otto Dick, Kaufmann in Kehl. (Herstellung von Malzkaffee, Kaffeemischung und geröstetem Bohnenkaffee, der Großhandel mit diesen Artikeln sowie Verkauf von Kakao, Tee und allen einschlägigen Artikeln; Geschäftslokal: Südstraße Nr. 4.)

Kehl, 19. Nov. 1930.
Bad. Amtsgericht.

Konstanz. A.358

Handelsregister. Die im hiesigen Handelsregister eingetragene Firma **C. Reglin & Co.,** Chiasso, Zweigniederlassung, Konstanz, Kollektivgesellschaft nach schweizerischem Recht, deren persönlich haftende Gesellschafter Cesare Reglin und Antonio Benini waren, soll gemäß § 31 Abs. 2 HGB. und § 141 FGG. von Amts wegen gelöscht werden. Es werden deshalb die genannten Gesellschafter oder ihre Rechtsnachfolger hierdurch aufgefordert, einen etwaigen Widerspruch gegen die Löschung binnen drei Monaten bei dem unterfertigten Gericht geltend zu machen, ansonst die Löschung erfolgen wird.

Konstanz, 25. Nov. 1930.
Bad. Amtsgericht. A I.

Konstanz. A.356

Handelsregister B Bd. I O.-Z. 34a, **Raduner & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Konstanz: Dem Kaufmann Ernst Auer in Konstanz ist Prokura erteilt. 5. 11. 1930.

A Band V O.-Z. 133, **Werner Aurin, Automobilverkauf Bodensee** in Konstanz: Die Firma ist erloschen. 22. 11. 1930.

A Band V O.-Z. 188, **Hans Gösch** — Niederlage von Thams & Garfs — Hamburger Kaffee-Lager in Konstanz. - Inhaber: Hans Gösch, Kaufmann in Konstanz. Gegenstand des Geschäfts ist der Handel mit Lebensmitteln, Kaffee und Konfitüren. 24. 11. 1930.

A Band IV O.-Z. 13, **Ernst Grieder & Co.** in Konstanz, offene Handelsgesellschaft: Die Prokura des Ernst Auer ist erloschen. 27. 11. 1930.

Bad. Amtsgericht, A I, Konstanz.

Mannheim. A.357

Handelsregistereinträge vom 22. November 1930.
Stotz, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Abteilung der Brown-Boveri & Cie., Aktiengesellschaft, Mannheim. Durch Gesellschafterbeschluß vom 21. Oktober 1930 ist der Gesellschaftsvertrag in § 1 (Firma) geändert. Die Firma lautet jetzt: Stotz-Kontakt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
„Phonoleih" Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation, Mannheim. Die Firma ist erloschen.
Heinrich Lanz, Aktiengesellschaft, Mannheim. Die Prokura des Walter Kuntze ist erloschen.
Adolf Krebs, Mannheim. Die Prokura des Eduard Weibel ist erloschen.
Bad. Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

Mannheim. A.360

Handelsregistereinträge.
a) vom 28. November 1930: **Laboratoriumsbedarf Hofmann & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** Mannheim. Kaufmann Fritz Hofmann in Ludwigshafen a. Rh. ist durch einstweilige Verfügung des Landgerichts Kammer 2 für Handelssachen vom 27. November 1930 als Geschäftsführer vorläufig enthoben. Für die Dauer dieser Behinderung wurde Hermann Ragge, Bücherrevisor in Mannheim - Feudenheim, durch das Amtsgericht F.-G. 4 Mannheim am 28. November 1930 zum Geschäftsführer bestellt.
b) vom 29. November 1930:
Christoph Herrmann & Sohn, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. Oktober 1930 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: der Betrieb eines Baugeschäftes, besonders die Ausführung von Schornsteinen und Feuerungsanlagen, ferner der Handel mit den einschlägigen Artikeln im weitesten Umfange, überhaupt Erwerb und Fortführung des unter der Firma Christoph Herrmann & Sohn in Mannheim betriebenen Geschäfts. Das Stammkapital beträgt 100 000 RM. Dr. August Schaub, Ingenieur, Mannheim, ist Geschäftsführer. August Herrmann in Ludwigshafen a. Rh. ist als Prokurist bestellt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Gesellschafterin Frau Katharina Herrmann geborene Herrmann, Witwe des Kaminbaumeisters Jakob Herrmann in Mannheim, bringt das unter der Firma Christoph Herrmann & Sohn in Mannheim von ihr betriebene Kamin- und Feuerungsbaugeschäft nebst Zubehör mit allen Aktiven und Passiven und samt der Firma nach dem Stand vom 1. Januar 1930 als Sacheinlage in die Gesellschaft ein, wobei das Geschäft vom 1. Januar 1930 an als für Rechnung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt gilt. Die Stammeinlage der obengenannten Gesellschafterin und die Stammeinlagen der Gesellschafter Ingenieur Dr. August Schaub und dessen Ehefrau Elisabeth geborene Herrmann, beide in Mannheim, des Oberfinanzrats Dr. Siegfried Kühn und dessen Ehefrau Maria geborene Herrmann, beide in Karlsruhe, im Gesamtbetrage von 100 000 RM, sind durch die für Rechnung aller fünf Gesellschafter gemachten Sacheinlage, deren Wert auf 100 000 RM festgesetzt ist, geleistet. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft finden im Deutschen Reichsanzeiger statt. Geschäftslokal: Tattersallstraße 37.
Christoph Herrmann & Sohn, Mannheim. Die Prokura des August Herrmann ist erloschen. Das Geschäft samt Firma ging von Kaminbaumeister Jakob Herrmann auf dessen Witwe Katharina Herrmann, geborene Herrmann in Mannheim über.
C. Sieberling, Mannheim. Die Firma ist erloschen.
Max Witzleb, Mannheim. Das Geschäft ist samt der Firma von Max Witzleb auf Frau Renate Witzleb geborene Roth in Mannheim übergegangen, die es als alleinige Inhaberin unter der bisherigen Firma weiterführt. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Frau Renate Witzleb geborene Roth ausgeschlossen.
Kellermann & Scheurer, Mannheim. Das Geschäft ist mit Aktiven und samt der Firma von Fritz Kaulbars auf Kaufmann Waldemar Haken in Mannheim übergegangen, der es als alleiniger Inhaber unter der bisherigen Firma weiterführt. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Waldemar Haken ausgeschlossen.
Emil Stoffel, Mannheim. Die Prokura des Dr. Gustav Kolb ist erloschen.
Friedrich Baymann, Mannheim. Die Firma ist erloschen.
Bad Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

Mannheim. A.363

Handelsregistereinträge
a) vom 1. Dezember 1930.
Kauffmann & Bensheim Tabakgesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. November 1930 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: der Handel mit Rohtabaken und Tabakerzeugnissen auf eigene und fremde Rechnung. Die Gesellschaft ist befugt, sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmungen zu beteiligen und Zweigniederlassungen zu errichten. Das Stammkapital beträgt 20 000 RM. Paul Kauffmann, Kaufmann, Mannheim, ist Geschäftsführer. Die Gesellschaft wird vertreten: a) wenn ein Geschäftsführer bestellt ist, durch diesen, b) wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, entweder durch zwei derselben oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Charlottenstraße 2.
Haus Klein, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Edingen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. August 1928 festgestellt und am 27. Oktober 1930 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist: die Fabrikation und der Vertrieb von Rauchtabaken und ähnlichen Erzeugnissen, ferner Vermittlungen und Finanzierungen. Das Stammkapital beträgt 20 000 RM. Frieda Klein, ledig, Heidelberg, ist Geschäftsführerin. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Der Sitz der Gesellschaft wurde von Schifferstadt nach Edingen verlegt.
b) vom 3. Dezember 1930.
Getreide - Industrie & Commission Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Mannheim in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Getreide-Industrie & Commission Aktiengesellschaft in Berlin. Max Maier und Hans Scheuer sind nicht mehr Vorstandsmitglieder.
Hackebeil Aktiengesellschaft, Buchdruckerei und Verlag Zweigniederlassung Mannheim in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Hackebeil Aktiengesellschaft, Buchdruckerei und Verlag in Berlin. Durch Beschluß des Aufsichtsrats vom 1. Oktober 1930 ist Rechtsanwalt Hermann Roehm, Berlin, als Stellvertreter für das verhinderte Vorstandsmitglied Frau Dr. Marianne Weidlich, geborene Janz, aus dem Aufsichtsrat in den Vorstand abgeordnet.
Deutsche Asbestwerke Aktiengesellschaft, Werk Mannheim in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Deutsche Asbestwerke, Aktiengesellschaft, Berlin. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. Mai 1927 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: die Herstellung und der Vertrieb von Asbestfabrikaten aller Art, Dichtungs- und Isoliermaterialien, Stopfbüchsenpackungen und ähnlichen Artikeln. Die Gesellschaft ist im Rahmen dieses Geschäftszwecks auch befugt, andere Unternehmungen in jeder rechtszulässigen Form zu errichten oder sich daran zu beteiligen sowie überhaupt alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte zu betreiben. Das Grundkapital beträgt 1 200 000 RM. Constantin Georgi, Kaufmann, Berlin, Hermann Reinhold, Kaufmann, Berlin, Vorstandsmitglieder, Heinrich Middendorff, Kaufmann, Berlin-Steglitz, stellvertretendes Vorstandsmitglied. Zu Gesamtprokuristen derart, daß jeder derselben mit einem Vorstandsmitglied oder einem Prokuristen die Gesellschaft vertreten kann, sind bestellt: Benno Kneip, Berlin-Lankwitz, Max Geißler, Berlin-Zehlendorf, Franz Dölle, Berlin - Steglitz, Curt Paeschke, Mannheim, Hermann Weimer, Mannheim, Hans Blüthgen, Berlin-Zehlendorf. Die Gesellschaft wird vertreten, wenn der Vorstand aus einer Person besteht, von dieser, wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht, durch das Vorstandsmitglied allein, welches vom Aufsichtsrat dazu ermächtigt ist oder von zwei Vorstandsmitgliedern oder von einem Vorstandsmitglied und einem Prokuristen. Von den Vorstandsmitgliedern Constantin Georgi, Berlin, und Hermann Reinhold, Berlin, vertritt jeder selbständig die Gesellschaft. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Der Vorstand besteht je nach Bestimmung des Aufsichtsrats aus einer oder mehreren Personen, die vom Aufsichtsrat bestellt werden. — Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft und die Berufung der Generalversammlungen erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Friedrichsfelder Straße 29—32.
Willy Bach, Mannheim: Die Firma ist erloschen.
Otto Kayser, Mannheim: Die Firma ist erloschen.
Bad. Amtsgericht F.-G. 4. Mannheim.

Druck G. Braun, Karlsruhe.